



Ausschussdrucksache 21(17)19
vom 25. Juni 2026

Schriftliche Stellungnahme

Öffentliche Anhörung

Herausforderungen für das internationale humanitäre System und dessen Reform

Dr. Thorsten Klose-Zuber
Generalsekretär Help – Hilfe zur Selbsthilfe e. V.

Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zum Thema „Herausforderungen für das internationale humanitäre System und dessen Reform“

Schriftliche Stellungnahme

Dr. Thorsten Klose-Zuber, Generalsekretär, Help – Hilfe zur Selbsthilfe e. V.

1. Einleitung / Herausforderungen

Das internationale humanitäre System befindet sich in der **schwersten Krise seit Jahrzehnten – teils durch externe Faktoren, teils selbstverschuldet**. Die Zerschlagung von USAID, kontinuierliche Kürzungen durch zentrale Geberstaaten aber auch strukturellen Ineffizienzen führen zu einer globalen Finanzierungslücke, infolge der immer mehr Menschen in Not nicht mehr von Nothilfe erreicht werden.

Während das humanitäre System im Jahr 2022 nach Angaben der Vereinten Nationen noch mehr als 160 Mio. Menschen in Not unterstützte, sank diese Zahl im vergangenen Jahr auf unter 98 Mio. Menschen.¹ Mit **weniger als 25 Mio. erreichten Menschen** in den ersten 6 Monaten² ist 2026 auf dem Weg **einen neuen Tiefpunkt in der Reichweite des internationalen humanitären Systems** zu markieren.

Gleichzeitig sieht sich das von den Vereinten Nationen (VN) koordinierte Hilfssystem einer **zunehmenden Politisierung und Marginalisierung** ausgesetzt, etwa durch die Konditionierung von Geldern durch die U.S.-Regierung, der immer häufigeren Verweigerung von humanitären Zugängen oder dem Aufbau privater und militärischer Parallelstrukturen.

Angesichts eskalierender humanitärer Bedarfe im Sudan, im Nahen Osten, der Ukraine oder zahlreicher vergessener Krisen ist das **humanitäre System kaum mehr in der Lage adäquat und bedarfsgerecht zu reagieren**. In den Diskussionen der vergangenen Jahre werden humanitäre Geberstaaten und Konfliktparteien richtigerweise für fehlende finanzielle Mittel und ein Erodieren des humanitären Völkerrechts zur Verantwortung gezogen.

Doch das Ausmaß an Disruption im humanitären System und die enormen Folgeschäden für die Menschen und lokalen Partner in den Krisenregionen offenbaren auch **tieferliegende Probleme innerhalb des globalen humanitären Systems**, die angesichts der Finanzierungs- und Politisierungskrise zunehmend zutage treten. Ein Festhalten an den bisherigen Entscheidungsprozessen, Partnerstrukturen und Finanzierungsmechanismen ist angesichts des globalen Bedarfs an humanitärer Nothilfe **nicht länger vertretbar**.

¹ UN OCHA (2026). Operations 2022-2025. <https://humanitarianaction.info/overview/2025>.

² UN OCHA (2026). Hyper-prioritized Global Humanitarian Overview – Status Update. <https://humanitarianaction.info/document/global-humanitarian-overview-2026/article/monitoring-humanitarian-action-interactive-dashboard>.

Daher legt diese Stellungnahme ein besonderes Augenmerk auf **strukturelle Ursachen**, die für das Scheitern des globalen humanitären Systems mitverantwortlich sind, und zeigt aktuelle **Reformansätze** auf.

2. Wie kann in Anbetracht sinkender und dadurch begrenzt zur Verfügung stehender Mittel das globale humanitäre System reformiert werden, um Menschen in Not schnell, effizient und effektiv zu erreichen? (CDU/CSU)

Um diese Frage zu beantworten, lohnt sich die einfache Vorüberlegung: Wenn es noch kein globales humanitäres System gäbe, wie würde dieses heutzutage aufgesetzt werden, um dem Auftrag, Menschen in Not schnell, effizient und effektiv zu erreichen, bestmöglich gerecht zu werden? Und wie würde es sich von unserem heutigen System unterscheiden?

Ein grundlegendes Prinzip, das hier sinnvoll erscheint, aber im heutigen System kaum mehr Geltung findet ist das der **Subsidiarität**. Nach dem Subsidiaritätsprinzip sollte ein gesellschaftlicher oder politischer Auftrag immer zunächst von der Akteur-Ebene bearbeitet werden, die unmittelbar mit einem Problem konfrontiert ist, die Auswirkungen am besten einschätzen kann und sowohl Kontext als auch Akteure am besten kennt. Übergeordnete Akteure sollen die unteren Ebenen nicht entmachten oder ersetzen, sondern bei einer Überforderung bedarfsgerecht unterstützen, damit diese wieder möglichst schnell eigenständig handeln können.

- Überträgt man dieses Prinzip auf humanitäre Krisen, so stehen **Nationalstaaten in der ersten Verantwortung** für den Schutz und die Versorgung von Menschen auf ihrem Territorium, gemeinsam mit entsprechend substaatlichen Ebenen wie Bundesländern oder Kommunen. Bei einer Überforderung kann neben der Einbindung nichtstaatlicher Akteure innerhalb des Landes, wie Nichtregierungsorganisationen, sozialen oder kirchlichen Träger (sogenannte *lokale Akteure*) auch ein **offizielles Hilfsersuchen** an Nachbarstaaten und multilaterale Organisationen wie die EU oder die VN gestellt werden.
- **Unser Mandat als internationale nichtstaatliche humanitäre Hilfsorganisation** beginnt erst dort, wo staatliche oder substaatliche Autoritäten den Schutz und die Versorgung ihrer Bürgerinnen und Bürger nicht länger selbst gewährleisten können oder wollen.
- **Gemeinsam mit lokalen nichtstaatlichen Akteuren** vor Ort können Nichtregierungsorganisationen auch in stark politisierten Krisen **regierungsfern humanitäre Hilfe** leisten, etwa in Syrien unter Assad oder in Afghanistan unter den Taliban. Multilaterale Akteure wurden in diesen Kontexten aufgrund ihres staatlichen Hintergrunds von Konfliktparteien als politisch wahrgenommen und häufig an einer regierungsfernen und bedarfsgerechten Arbeit gehindert. Hier liegt also ein **konkreter Mehrwert internationaler Nichtregierungsorganisationen**.
- Gemäß des Subsidiaritätsprinzips sollten **multilaterale Akteure auf der höchsten Ebene wie die Vereinten Nationen nur dort** operativ humanitäre Maßnahmen umsetzen, wo sowohl staatliche Akteure als auch internationale und lokale nichtstaatliche Hilfsorganisationen keine bedarfsgerechte Hilfe mehr leisten können und ein offizielles Hilfsersuchen vorliegt.

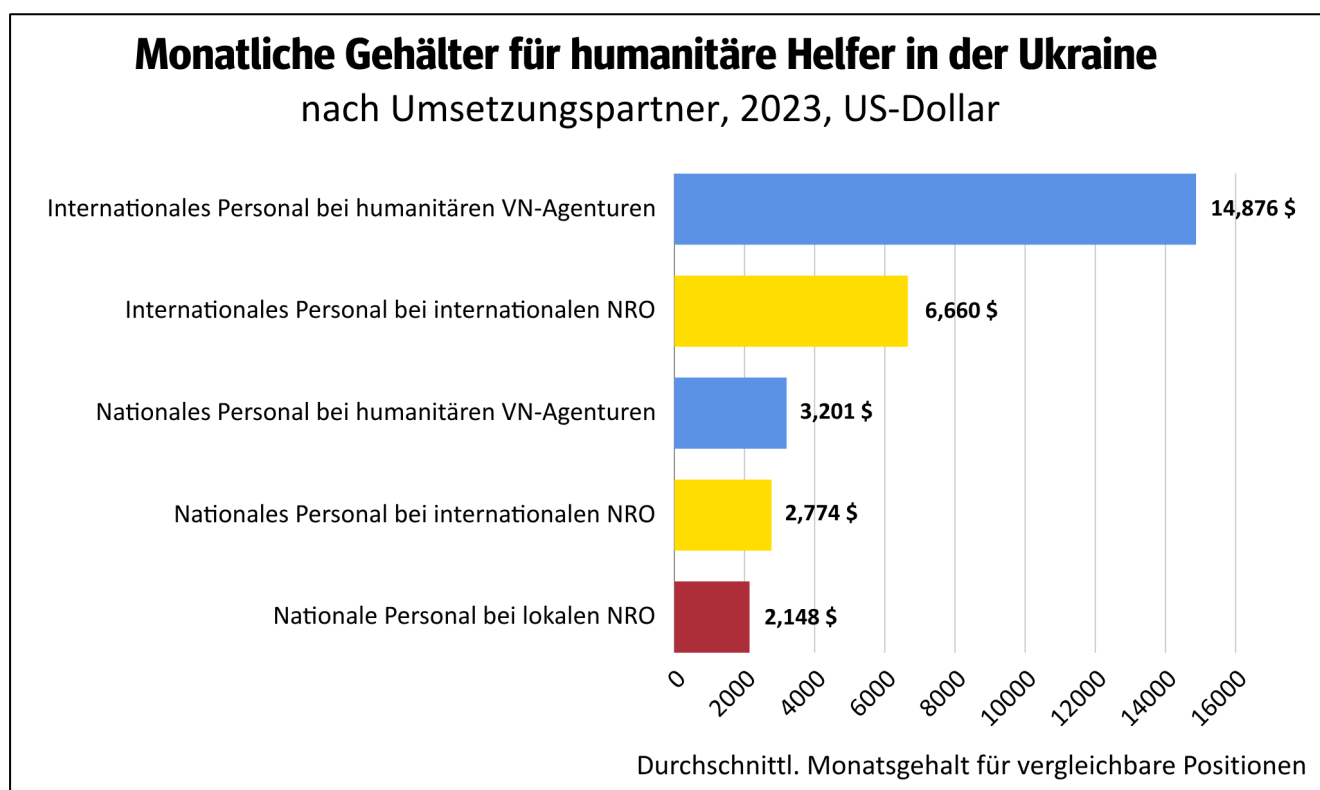
-
- Dies kann der Fall sein, wenn aufgrund der Sicherheitslage oder unwegsamer Geografie Nichtregierungsorganisationen an ihre logistischen und operativen Grenzen stoßen. Hier besitzen multilaterale Akteure aufgrund ihrer **fortgeschrittenen Großlogistik, jahrzehntelanger Erfahrung in der Verhandlung von humanitären Korridoren und robuster Sicherheitsarchitektur** einen echten Mehrwert für das humanitäre System.
 - Internationale Akteure wie international tätige Nichtregierungsorganisationen oder VN-Organisationen sollten zudem immer nur **ergänzend zu bestehenden Hilffsystemen vor Ort** tätig sein.
 - Die primäre Rolle internationaler Hilfsorganisationen sollte also in der **nachhaltigen Stärkung lokaler Reaktionskapazitäten** liegen, sodass diese aus eigener Kraft auf wiederkehrende Krisen adäquat reagieren können.
 - Dort strukturintensive internationale Parallelstrukturen aufzubauen, wo bereits lokale Mechanismen existieren, ist keine effiziente und nachhaltige Verwendung von humanitären Mitteln – insbesondere, da **internationale humanitäre Strukturen selten langfristige Wirkung vor Ort** entfalten.

Dass aktuell im internationalen humanitären System das **Subsidiaritätsprinzip nicht konsequent umgesetzt** werden, zeigt insbesondere die Reaktion auf die humanitäre Krise in der Ukraine. In der Ukraine existiert ein **grundsätzlich funktionierender Zentralstaat**, der zusammen mit seinen Oblasten und Kommunen und einer weiten Bandbreite an lokalen Akteuren seine Bürgerinnen und Bürger in Not unterstützt. Aufgrund der Kriegslast ist das **lokale Reaktionssystem jedoch überwältigt** und daher auf internationale Unterstützung angewiesen.

- Nach dem Subsidiaritätsprinzip lässt sich feststellen, dass **ukrainische Kommunen und lokale Hilfsorganisationen im Verbund die besten Ausgangsvoraussetzungen und die höchste Expertise** haben, um lokale humanitäre Bedarfe zu ermitteln und kontextgerecht zu reagieren.
- Dennoch konnten wir in den vergangenen vier Jahren einen **massiven Personal- und Strukturaufbau durch hunderte internationale humanitäre Akteure** in der Ukraine erleben, der in keinem Verhältnis zu den notwendigen Kapazitäten für eine komplementäre Unterstützung des existierenden Hilffsystems im Land steht.
- Neben internationalen Nichtregierungsorganisationen haben auch VN-Agenturen, nach dem Subsidiaritätsprinzip die letzte Instanz, mittlerweile einen **massiven Personal- und Verwaltungsapparat in der Ukraine** – obwohl in Teilen der Ukraine bereits eine Übersättigung von internationalen und lokalen NGOs besteht, die weitestgehend vergleichbare humanitäre Maßnahmen umsetzen.

- Die verschiedenen internationalen Akteure in der Ukraine **konkurrieren um finanzielle Mittel** zentraler Geberstaaten, zu denen sie aufgrund ihrer dortigen Verankerung einen deutlich besseren Zugang haben als die lokalen Akteure im eigentlichen Krisengebiet.
- **Lokale Akteure**, die nach dem Subsidiaritätsprinzip zuständig sind und deren Hilfsmaßnahmen durch internationale Akteure komplementär gestärkt werden sollten, werden in dieser Logik **häufig nur als Subdienstleister eingebunden**, um einzelne Projektkomponenten umzusetzen.
- Warum die Missachtung von Subsidiarität und Komplementarität auch für die Kosteneffizienz des humanitären Systems hochproblematisch ist, zeigt **Abbildung 1** besonders eindrücklich.

Abbildung 1: Durchschnittliche monatliche Gehälter für humanitäre Helfer in der Ukraine



Quelle: ShareTrust (2024). Passing The Buck. The Economics of Localising Aid in Ukraine. thesharetrust.org/ptb-ukraine. Darstellung von Help – Hilfe zur Selbsthilfe e.V.

Internationale Akteure haben in jeder humanitären Krise **deutlich höhere Personal- und Strukturkosten** als die ortsansässigen lokalen Akteure – auch dann, wenn vermehrt lokale Mitarbeitende, sogenannte Ortskräfte, eingestellt werden. Neben der Gehaltsstruktur betrifft das Fixkosten für Geschäftsstellen und Liegenschaften im In- und Ausland, Fahrzeugflotten, Reisekosten oder Auslandszulagen.

Das bedeutet, dass **dieselbe humanitäre Maßnahme dem Geber häufig ein Vielfaches der Kosten** verursacht, wenn sie über internationale statt direkt durch lokale Akteure umgesetzt wird – in Kontexten mit funktionierenden lokalen Reaktionssystemen ist das eine drastische Ineffizienz und steht im **Widerspruch zur Bundeshaushaltsordnung**, grundsätzlich möglichst wirtschaftlich zu arbeiten. Gleichzeitig werden durch ein international dominiertes humanitäres System **lokale humanitäre Kapazitäten** nicht nachhaltig für zukünftige Krisen gestärkt, sondern durch die Abwerbung von fähigem Personal bei höherer Bezahlung sogar **strukturell geschwächt**.

Das **Subsidiaritätsprinzip wird im globalen humanitären System ad absurdum geführt**: im aktuellen System verfügen internationale Akteure über den Großteil der finanziellen Mittel und die fast alleinige Entscheidungsmacht zur Maßnahmenplanung und -umsetzung, obwohl sie in den meisten Kontexten für eine effektive, kosteneffiziente und nachhaltige Deckung humanitärer Bedarfe **deutlich schlechter positioniert sind als lokale Akteure** vor Ort. Daher wird die Reform des Systems vor allem unter dem Stichwort der **Lokalisierung** diskutiert, also einer Führungsrolle für lokale statt für internationale Akteure.

Konkrete Reformvorschläge:

Um das humanitäre System im Sinne einer stringenten Subsidiarität zu reformieren, die Lokalisierung humanitärer Hilfe voranzutreiben und mit begrenzten finanziellen Mitteln noch möglichst viele Menschen in Not effektiv, kosteneffizient und nachhaltig zu erreichen, sind **alle Akteursgruppen des Systems** angehalten, eine **grundsätzliche Neukalibrierung des eigenen Rollenverständnisses** vorzunehmen.

Für *internationale Nichtregierungsorganisationen* bedeutet das:

- der schrittweise **Rückzug aus der eigenen Planung und Implementierung** von humanitären Projekten und die Fokussierung auf **Monitoring und nachhaltige Stärkung lokaler Strukturen**;
- die Bereitschaft, das eigene **wachstumsgetriebene Geschäftsmodell** zu verändern und Entscheidungsmacht sowie Sichtbarkeit **an lokale Partner zu übertragen**;
- auf Grundlage einer **jahrzehntelangen Tradition in der partnerschaftlichen Zusammenarbeit** mit lokalen Akteuren als **vertrauenswürdiger Intermediär** aufzutreten zwischen staatlichen Gebern und privaten Spendern, die finanzielle Ressourcen und ein Interesse an der Unterstützung von Menschen in Not besitzen; sowie lokalen humanitären Akteuren, die schnell, kontexterfahren und nachhaltig Hilfe leisten können, aber einen mangelnden Zugang zu finanziellen Mitteln haben.

Für *multilaterale Akteure wie die Vereinten Nationen* bedeutet das:

-
- eine Rückbesinnung auf das ursprüngliche Kernmandat: **dort zu helfen, wo es niemand sonst kann;**
 - eine Fokussierung der operativen Tätigkeit auf **hochfragile und schwer zugängliche Kontexte**, in denen internationale und lokale Nichtregierungsorganisationen an ihre Grenzen stoßen;
 - der **operative Rückzug aus Kontexten**, in denen humanitäre Bedarfe durch staatliche, sowie internationale und lokale nichtstaatliche Akteure gedeckt werden können;
 - **eine Priorisierung der datengestützten Koordinierung von humanitären Maßnahmen** – der ursprüngliche Auftrag von UN OCHA – statt als eigene humanitäre Geberinstitution aufzutreten.

Für lokale humanitäre Akteure bedeutet das:

- die schrittweise Übernahme von **Entscheidungskompetenzen sowie Verantwortung** für eine schnelle, qualitativ hochwertige und unpolitische humanitäre Hilfe – und sich damit **aus der Rolle als Subdienstleister für internationale Akteure zu lösen;**
 - eine weitere **Professionalisierung und Harmonisierung von Standards** durch freiwillige Teilnahme an geeigneten Angeboten zur Kapazitätsstärkung durch internationale Akteure;
 - eine **stringente Durchsetzung der humanitären Prinzipien**, auch bei eigener Betroffenheit.
- 3. Trotz breiter politischer Zustimmung zur Lokalisierung bleiben substanzielle Fortschritte aus; weiterhin fließt der Großteil der Mittel über internationale Akteurinnen und Akteure. Welche strukturellen Ursachen sehen Sie hierfür, und welche konkreten Schritte wären erforderlich, um ein stärker lokal geführtes humanitäres System zu erreichen? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Substanzielle Fortschritte in der Lokalisierung des globalen humanitären Systems sind in den vergangenen Jahren **tatsächlich ausgeblieben**. Eine jüngste umfassende Analyse des Overseas Development Institute (ODI), die alle verfügbaren Datenbanken von UN OCHA, einzelnen VN-Agenturen, der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung und weiteren Quellen ausgewertet hat, kommt zu dem Ergebnis, dass insgesamt lediglich 9,5% der globalen humanitären Mittel über max. eine intermediäre Station an lokale humanitäre Akteure gehen. Nur 3,8% dieser Mittel wurden lokalen Akteuren auf direktem Wege vom Geber bereitgestellt.³

Selbst zentrale humanitäre Geberstaaten, die im Jahr 2016 den sogenannten Grand Bargain unterzeichnet haben und sich dazu verpflichtet haben, mindestens 25% ihrer humanitären Mittel „so direkt wie möglich“, also über max. eine intermediäre Organisation an lokale Akteure zu verausgaben, **erreichen diese Zielmarke bislang nicht**.

³ ODI (2026). The state of international humanitarian funding to local and national actors. media.odi.org/documents/HST-LHL_localisation_report_final.pdf#page=16.

So **auch die deutsche Bundesregierung**: In ihrem jüngst veröffentlichten Bericht zur humanitären Hilfe im Ausland 2022-2025 räumt das Auswärtige Amt ein, dass das **25%-Ziel** im Berichtszeitraum wiederholt nicht erreicht wurde und sogar kontinuierlich in immer weitere Ferne gerückt ist.⁴

Die **strukturellen Ursachen** hierfür sind vielfältig und liegen nicht alleinig bei den staatlichen Gebern:

- Eine konsequente Lokalisierung von Projektarbeit liegt **in erster Linie in der Verantwortung der humanitären Umsetzungspartner**. Sie sind es, die ihre Dominanz im aktuellen System aufgeben und sowohl finanzielle Mittel als auch Entscheidungskompetenzen und Sichtbarkeit an lokale Akteure übertragen müssen.
 - Das **Geschäftsmodell vieler internationaler humanitärer Akteure** bestand jedoch in Zeiten stetig steigender öffentlicher und privater Mittel vorrangig in einem **kontinuierlichen Wachstum** als Organisation.
 - Durch zusätzliche finanzielle Mittel und großzügige Overhead-Regelungen wurde ein **beispielloser Aufbau von Personal- und Verwaltungsstrukturen** möglich, in Form von wachsenden Geschäftsstellen und eigenen Büros für Geberakquise im Inland und neuen bzw. größeren Regional- und Landesbüros im Ausland.
 - Es folgt einer gewissen **Pfadabhängigkeit**, dass eine Abkehr von der kleinteiligen Planung und Umsetzung von humanitären Projekten für internationale humanitäre Akteure dann weder attraktiv erscheint noch ohne weiteres umzusetzen ist.
- **Zentrale Geberinstitutionen** haben hier in der Vergangenheit **nicht die notwendigen Anreize** für eine stärker lokal geführte humanitäre Hilfe gesetzt, obwohl die politische Verpflichtung zu stärkerer Lokalisierung spätestens seit dem Grand Bargain im Jahr 2016 besteht.
 - Spezifisch für das Auswärtige Amt hängt dies mit einem ohnehin hohen administrativen Aufwand zusammen, Implementierungspartnern Projektförderungen in Aussicht zu stellen. Hintergrund ist das **in der Bundeshaushaltsordnung geregelte, und für das Inland konzipierte deutsche Zuwendungsrecht**. Diesem unterliegen humanitäre Nichtregierungsorganisationen auch dann, wenn sie Projekte in Krisenregionen im Ausland durchführen, was erheblichen Prüfaufwand sowohl bei den Organisationen als auch im Auswärtigen Amt zur Folge hat.
 - **Freiwillige Förderbeiträge an Agenturen der Vereinten Nationen** fallen nicht in gleicher Weise unter das Zuwendungsrecht und produzieren einen geringeren administrativen Aufwand, bieten aber gleichzeitig deutlich weniger Einblick zum tatsächlichen Einsatz der Mittel.

⁴ Auswärtiges Amt (2026). Bericht der Bundesregierung über die humanitäre Hilfe im Ausland 2022-2025. <https://www.auswaertiges-amt.de/resource/blob/2774746/1c3c14356a2c0fda37db683cd4db0c53/huhi2022-2025-data.pdf>.

- Für beide Akteursgruppen wurde daher durch das Auswärtige Amt **bislang nur sehr oberflächlich nachgehalten**, ob lokale Akteure in der Projektplanung und -umsetzung der geförderten Projekte nicht eine Führungsrolle einnehmen und damit Menschen in Not effektiver, kosteneffizienter und nachhaltiger erreichen könnten.

Konkrete erforderliche Schritte wären:

- die **direkte Förderung** von lokalen humanitären Akteuren durch Geberinstitutionen, wo dies unbedenklich erscheint;
 - **deutlich striktere Gebervorgaben gegenüber internationalen Umsetzungspartnern** zur Weitergabe von finanziellen Mitteln und Entscheidungskompetenzen an lokale Akteure, wo immer dies möglich ist – hier kann das Auswärtige Amt mit der Novellierung der Förderrichtlinie und der Überarbeitung der Antrags- und Skizzenformate im Jahr 2025 bereits echte Fortschritte vorweisen;
 - dies gilt **insbesondere für multilaterale humanitäre Umsetzungspartner**, die nach wie vor den Großteil der deutschen humanitären Mittel erhalten, gleichzeitig nicht in derselben Weise wie Nichtregierungsorganisationen unter das Zuwendungsrecht fallen und hierdurch kleinteilig rechenschaftspflichtig wären;
 - die gezielte **Förderung von innovativen und lokal geführten Finanzierungsmechanismen**, (z.B. zivilgesellschaftliche und flüchtlingsgeführte Pooled Funds, gemeinsame Konsortien aus internationaler und lokaler Zivilgesellschaft, etc.)
 - **deutlich striktere Eigenverpflichtungen durch internationale humanitäre Akteure**, etwa im Rahmen transparent einsehbarer Lokalisierungs-Policies, regelmäßigem Reporting zum Anteil weitergeleiteter Mittel und der Führungsrolle lokaler Partner und der Beendigung wachstumsgetriebener Geschäftsmodelle.
4. Die aktuellen Reformbemühungen im Rahmen des "Humanitarian Reset" sind maßgeblich durch rückläufige Finanzmittel für humanitäre Hilfe angestoßen worden. Wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund die von UN OCHA vorgenommene Priorisierung auf "lebensrettende Maßnahmen", welche Implikationen ergeben sich daraus, und welche Schlussfolgerungen ziehen Sie für die künftige Ausgestaltung der humanitären Finanzierung? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
5. Wie beurteilen Sie die Fortschritte bei der Steigerung der Effizienz der humanitären Hilfe im Rahmen des Prozesses der Vereinten Nationen zum Humanitären Neustart/Humanitarian Reset? (SPD)
6. Wie bewerten Sie die aktuellen Reformansätze des humanitären Systems etwa bei Finanzierungsmechanismen wie den UN Country-Based Pooled Funds im Hinblick auf das Zusammenspiel der beteiligten Akteure in der Praxis und inwiefern tragen sie dazu bei, Asymmetrien im Machtgefälle von UN-Organisationen, internationalen Hilfsorganisationen und loka-

len Akteuren zu überwinden – oder verfestigen sie bestehende Abhängigkeiten? Welche konkreten politischen und finanziellen Veränderungen wären notwendig, um lokalen Organisationen eine gleichberechtigte und eigenständige Rolle zu ermöglichen? (Die Linke)

Mehr als ein Jahr nach Ausruf des „Humanitarian Reset“ durch Tom Fletcher, VN-Nothilfekoordinator und Leiter von UN OCHA lässt sich eine **gemischte Bilanz** des bisherigen Reformprozesses ziehen.

Positiv ist zu bewerten, dass die **Notwendigkeit einer tiefgreifenden Reform** des VN-koordinierten humanitären Systems erkannt wurde und mit der **nötigen Ernsthaftigkeit** vorangetrieben wird.

- Dies betrifft insbesondere die Klärung weitreichende **Strukturfragen zur effizienteren Zusammenarbeit** zwischen UN OCHA und den eher autonomen VN-Agenturen wie WFP, Unicef oder UNHCR.
- In diesem Zusammenhang ist vor allem **die Aufwertung der Humanitarian / Resident Coordinators** gegenüber einzelnen VN-Agenturen, die **Verschlinkung** des bisherigen eher schwerfälligen Cluster-Systems sowie der schnelle **Rückzug von Humanitarian Country Teams** aus 8 nicht-akuten Krisenkontexten zu nennen.

Eher durchwachsen fällt die Bilanz der von UN OCHA vorgenommenen **Hyper-Priorisierung auf „lebensrettende Maßnahmen“** aus.

- Bei aller Notwendigkeit einer Priorisierung von Mitteln, um auch unter de facto Triage-Bedingungen weiterhin humanitäre Hilfe bedarfsgerecht zu leisten, darf die **Hyper-Priorisierung nicht aus strategischen Erwägungen als neue Normalität** verkauft werden, um der sogenannten „Donor Fatigue“, also der Gebermüdigkeit, etwas entgegenzusetzen.
- Der Global Humanitarian Overview (GHO) von UN OCHA sollte in erster Linie einen **datengestützten Überblick zur tatsächlichen humanitären Bedarfslage** bieten. Wenn im jüngsten GHO die Zahl der Menschen in Not von knapp 300 Mio. Menschen im Jahr 2025 auf unter 240 Mio. Menschen im Jahr 2026 kleingerechnet wird, ohne dass sich humanitäre Bedarfe tatsächlich nennenswert verringern, verkommt der Bericht zu einem politischen Lobbypapier gegenüber Geberstaaten.
- Es müssen nach wie vor **die gesamten ermittelten Bedarfe klar und transparent benannt** und auf dieser Grundlage dann Diskussionen zur Lastenverteilung der Finanzierung diskutiert werden, etwa im Rahmen verschiedener im Raum stehender „Fair Share“-Modelle. Gegenüber Gebern zu suggerieren, dass die Anzahl an Menschen in Not weniger wird, nur weil der Finanzierungswille nachlässt, ist ein gefährlicher Präzedenzfall.
- Humanitäre Hilfsorganisationen sind mehr denn je angewiesen auf eine saubere Datengrundlage, um prinzipienorientierte Entscheidungen treffen zu können. Eine **reine Fokussierung auf Menschen in den sogenannten „Severity“-Stufen 4 und 5** ist nach der Logik der Triage zwar nachvollziehbar, verkennt allerdings die Realität humanitärer Krisen, in der nicht unmittelbar lebensbedrohliche, aber einfach zu lindernde Bedarfe bei ausbleibender Hilfe schnell in schwerere Stufen der Not umschlagen können.

Als kritisch zu betrachten ist die zunehmende **Zentralisierung humanitärer Gelder** bei den von UN OCHA verwalteten **Country Based Pooled Funds (CBPFs)**.

- Die CBPFs dienen dem sogenannten „Pooling“ von Gebermitteln, die dadurch möglichst effizient für humanitäre Hilfsmaßnahmen im jeweiligen Land verausgabt werden sollen. Dies ist **dann sinnvoll und effizient**, wenn sich auf diese jeweiligen Länderfonds **primär lokale humanitäre Akteure** bewerben können und hochwertige (flexible und mehrjährige) Mittel für ihre Hilfsmaßnahmen erhalten.
- In diesem Fall dienen die **CBPFs als eine sogenannte intermediäre Organisation**, von denen es gemäß Grand Bargain nur jeweils eine geben sollte zwischen Geber und lokalem Akteur. Das ist **unter dem Strich effizienter als die mehrstufige Weiterreichung** von Mitteln über VN-Agenturen, internationale Nichtregierungsorganisationen bis hin zu lokalen Akteuren.
- Eine Zentralisierung der globalen humanitären Mittel auf diese CBPFs ist allerdings aus verschiedenen Gründen **kein geeigneter Reformansatz für das humanitäre System**:
 - Obwohl der Mehrwert der CBPFs in der Förderung von humanitären Akteuren der jeweiligen Krisenregion besteht, waren es in den vergangenen 10 Jahren immer **internationale Akteure, die den Großteil der CBPF-Mittel erhalten haben**.⁵
 - Der Humanitarian Reset erklärte im Juni 2025 die stärkere Förderung lokaler Akteure zu einem zentralen Reformziel des Resets, dennoch liegt die Förderung im laufenden Jahr 2026 auf dem tiefsten Stand seit 10 Jahren. **Weniger als 8% der CBPF-Mittel gingen bislang an lokale Akteure, knapp 60% hingegen an VN-Agenturen**.⁶
 - Es werden also im Rahmen der CBPF aktuell **Gebermittel durch UN OCHA verwaltet**, um diese dann **im nächsten Schritt an VN-Agenturen** zu verausgaben, die wiederum Mittel an internationale Nichtregierungsorganisationen und lokale Akteure weiterreichen. Diese Form der Implementierungsketten ist eine der **Hauptursachen für Ineffizienzen im humanitären System**.
 - Und selbst in der seltenen direkten Verausgabung an lokale Akteure, bleiben die CBPFs eine **überdurchschnittlich teure intermediäre Instanz**. Die Mittel werden durch UN OCHA unter Personal- und Strukturkosten verwaltet, die **deutlich höher ausfallen als bei internationalen Nichtregierungsorganisationen**. Nach dem Subsidiaritätsprinzip macht es wenig Sinn, die Finanzierung humanitärer Hilfe bei UN OCHA anzusiedeln.
 - Zum selben Ergebnis kommt auch die **gemeinsame Experten-Kommission der renommierten medizinischen Zeitschrift The Lancet und der John-Hopkins-Universi-**

⁵ UN OCHA (2026). Country Based Pooled Funds Data Hub. https://cbpf.data.unocha.org/#netfunding_heading.

⁶ Ebd.

sität zur Reform des humanitären Systems. Sie spricht sich dafür aus, die Machtverhältnisse zu invertieren und Entscheidungsmacht sowie Finanzierung so lokal wie möglich anzusiedeln.⁷

- Der Vorsitzende der Kommission, Paul Spiegel, äußerte konkrete Bedenken zur im Reset vorgesehenen Führungsrolle von UN OCHA in der Verwaltung globaler humanitärer Mittel:

*We would question whether the UN and OCHA is the right group to be able to manage these pooled funds for a variety of reasons. One is purely efficiency and effectiveness. Secondly, is there a conflict of interest when, at least in the past, most of these funds were going to UN, UN agencies, and then international NGOs that were part of the whole humanitarian country team. So it looks like the deck was stacked.*⁸

- Schlussendlich baut eine Ausrichtung des internationalen humanitären Systems auf die CBPFs von UN OCHA keine bestehenden Machtgefälle ab – sondern **verstärkt Asymmetrien vielmehr**. Statt finanzielle und operative Entscheidungsmacht an lokale Akteure zu übertragen, wird durch die zentrale Verankerung von UN OCHA nicht nur in der Koordinierung, sondern künftig auch in der Mittelvergabe die **Führungsrolle internationaler Akteure und die Dienstleisterrolle lokaler Akteure weiter zementiert**.

Konkrete nötige Veränderungen:

- UN OCHA sollte den Verdacht entkräften, der starke Fokus des Humanitarian Reset auf insbesondere Country Based Pooled Funds rühre aus der Motivation, dass diese von OCHA selbst verwaltet und koordiniert werden;
- Hierfür muss UN OCHA deutlich konkretere Vorschläge machen, wie **CBPFs künftig in gleichberechtigter Partnerschaft mit lokalen Akteuren gemanagt** werden können;
- Humanitäre Geberinstitutionen sollten nicht dem Beispiel der U.S.-Regierung folgen und ihre finanziellen Mittel ausschließlich über die CBPFs abwickeln – stattdessen sollten **CBPF-Zusagen an konkrete Fortschritte gekoppelt werden**, etwa in der Mittelvergabe an lokale Akteure und der Führungsrolle in Entscheidungsgremien;
- Humanitäre Geberinstitutionen sollten neben den CBPFs eine **Bandbreite an Finanzierungsmechanismen pilotieren**, darunter auch zivilgesellschaftlich getragene und lokal geführte Pooled Funds, um einen Wettbewerb der besten Ideen zu ermöglichen und möglichst schlanke und effiziente Wege zur Förderung lokaler Akteure zu identifizieren.

7. Wie beurteilen Sie die zunehmende Politisierung, Militarisierung und Privatisierung der humanitären Hilfe und damit die Schaffung paralleler Strukturen zum VN-System? (SPD)

⁷ CHH-Lancet Commission (2026). The Report. healthconflictcommission.org/the-report/.

⁸ The New Humanitarian (2026). Inklings | Who should run pooled funds? <https://www.thenewhumanitarian.org/newsletter/2026/05/21/inklings-who-should-run-pooled-funds>.

-
8. **Wie bewerten Sie die zunehmende Schwächung des humanitären Systems (bspw. Board of Peace, GHF und die zunehmende Delegitimierung von humanitären Akteuren) bzw. die zunehmende Politisierung der humanitären Hilfe (bspw. in Gaza) und was müsste man dem entgegensetzen? (Die Linke)**
9. **Welche Gründe bestehen für zunehmend schwindende humanitäre Zugänge und die stark sinkende Sicherheit im humanitären Raum, mittels welcher Ansätze und Maßnahmen wird dem entgegengewirkt und welcher Schritte bedarf es aktuell seitens der Staaten, der internationalen Staatengemeinschaft und in Kooperation mit humanitären Akteuren? (CDU/CSU)**

Das VN-koordinierte System der humanitären Hilfe kann **in immer weniger Krisenkontexten prinzipienorientierte, ungehinderte und bedarfsgerechte humanitäre Hilfe** leisten.

Besonders offenkundig ist dies in Gaza, wo Israel eine **unabhängige und professionelle Nothilfe über Monate fast vollständig unterbunden** hat und die Verteilung von Lebensmitteln stattdessen durch die militärische Privatorganisation *Gaza Humanitarian Foundation* abwickeln ließ, an deren Ausgabestellen nachweislich hunderte Hilfesuchende durch Schüsse getötet wurden.⁹ Bis heute wird der Großteil der Hilfsgüter in den Gazastreifen nicht von humanitären Hilfsorganisationen, sondern durch privatwirtschaftliche Unternehmen eingeführt, die nicht an humanitäre Standards gebunden ist.^{10 11}

Das **Vorgehen in Gaza ist ein Präzedenzfall** für den Anspruch einer neutralen, unabhängigen und überparteilichen humanitären Hilfe in Konfliktkontexten. Die bewusste **Vereinnahmung humanitärer Hilfe für politische oder militärische Ziele** und die **gezielte Marginalisierung** des bestehenden humanitären Systems und seiner Akteure stellt für Staaten und politische Entscheidungsträger **zunehmend keinen Tabubruch** mehr da.

Dies wird **auch in der Finanzierung** von humanitären Akteuren deutlich. Die **U.S.-Regierung** hat in den vergangenen Monaten auf Grundlage von Vereinbarungen mit UN OCHA mehrere Milliarden US-Dollar in ausgewählte Country Based Pooled Funds eingezahlt – um damit nach eigener Aussage die **Führungsrolle im Humanitarian Reset** einzunehmen.^{12 13 14}

⁹ UN OHCHR (2025). Killings of Palestinians seeking food in Gaza continue as starvation deepens. www.reliefweb.int/report/occupied-palestinian-territory/killings-palestinians-seeking-food.

¹⁰ UN OCHA (2026). Humanitarian Situation Report | 12 June 2026. www.ochaopt.org/content/humanitarian-situation-report-12-june-2026#incoming-supplies.

¹¹ UNOPS (2026). UN2720 Mechanism for Gaza. app.un2720.org/tracking/arrived.

¹² U.S. Department of State (2025). More Lives Saved for Fewer Taxpayer Dollars: Trump Administration Leads “Humanitarian Reset” in the United Nations. <https://www.state.gov/releases/under-secretary-for-foreign-assistance-humanitarian-affairs-and-religious-freedom/2025/12/more-lives-saved-for-fewer-taxpayer-dollars>.

¹³ U.S. Department of State (2026). United States Pledges Additional \$1.8 Billion in Life-Saving Humanitarian Funding to OCHA’s Humanitarian Reset & Shares Powerful Results from the Trump Administration’s UN Humanitarian Reform Agreement. www.state.gov/releases/under-secretary-for-foreign-assistance-humanitarian-affairs-and-religious-freedom/2025/12/more-lives-saved-for-fewer-taxpayer-dollars.

¹⁴ U.S. Department of State (2026). United States Announces More Than \$1 Billion in Assistance to UNICEF and World Food Program to Address Global Humanitarian Needs. www.state.gov/releases/office-of-the-spokesperson/2026/06/united-states-announces-more-than-1-billion-in-assistance-to-unicef-and-world-food-program.

Diese **starke U.S.-Abhängigkeit** des humanitären Systems leistet der Politisierung humanitärer Hilfe Vorschub und **untergräbt dabei die erklärten Reformziele des Humanitarian Resets**:

- So einigte sich das Inter-Agency Standing Committee (IASC) im Juni 2025 auf konkrete Reformziele des Resets, darunter „significantly greater funding than previous targets to country pooled funds, which would provide **significantly more funding to local actors**“.¹⁵
- Die **jüngsten U.S.-Mittelallokationen** für CBPFs stärken zwar die Pooled Funds von UN OCHA quantitativ, aber zu **komplett gegensätzlichen Bedingungen** als im Humanitarian Reset vorgesehen: **große Zuschüsse an internationale Hilfsorganisationen**, gekoppelt mit hohem administrativen Aufwand für notwendige Qualitätsprofile und kurzen 6-monatigen Projektlaufzeiten.¹⁶
- Gleichzeitig findet auch eine Politisierung in der regionalen Mittelverwendung statt, etwa indem **bestimmte Kontexte explizit von der U.S.-Förderung der CBPFs ausgeschlossen** werden, wie z.B. Afghanistan, Jemen, Syrien, Venezuela und Somalia.¹⁷
- Neben den Einzahlungen in die CBPFs setzt die U.S.-Regierung zudem auf **wenige, hochvolumige Zuschüsse** (sogenannte *macro awards*) **an ausgewählte internationale Hilfsorganisationen** wie Catholic Relief Services, Unicef und WFP – die Dominanz internationaler Akteure in der Mittelverwaltung und der Entscheidungsfindung wird hierdurch weiter zementiert, statt umgekehrt.¹⁸

Konkrete Maßnahmen gegen die gezielte Schwächung des humanitären Systems:

- eine konsequente **Dezentralisierung und Lokalisierung** des humanitären Systems mit Entscheidungskompetenz und direktem Mittelzugang für **regierungsferne lokale Krisensysteme**;
- **keine einseitige Verknappung des humanitären Systems auf multilaterale VN-Strukturen** mit höherer politischer Abhängigkeit als nichtstaatliche und zivilgesellschaftliche Akteure;
- **verstärkte Bemühungen zur Geberdiversifizierung**, um die Finanzierung humanitärer Hilfe und Verantwortungsbewusstsein für das humanitäre Völkerrecht gleichmäßiger auf Geberstaaten zu verteilen und einseitige politische Abhängigkeiten zu verringern;

¹⁵ IASC (2025). Statement by Emergency Relief Coordinator Tom Fletcher - The Humanitarian Reset Phase Two. interagencystandingcommittee.org/inter-agency-standing-committee/statement-emergency-relief-coordinator-tom-fletcher-humanitarian-reset-phase-two.

¹⁶ The New Humanitarian (2026). Why local organisations are frustrated with UN pooled funds. www.thenewhumanitarian.org/opinion/2026/06/08/why-local-organisations-are-frustrated-un-pooled-funds.

¹⁷ The Guardian (2026). US ‘adapt, shrink or die’ terms for \$2bn aid pot will mean UN bowing down to Washington, say experts. www.theguardian.com/global-development/2026/jan/01/us-aid-cuts-conditions-un-humanitarian-pledge-ocha.

¹⁸ Devex (2026). US funnels \$1B to UNICEF and WFP in latest humanitarian funding push. www.devex.com/news/us-funnels-1b-to-unicef-and-wfp-in-latest-humanitarian-funding-push-112750.

- **humanitäre Standards und Finanzierung aufrechterhalten, statt abzusenken:** etablierte Geberstaaten dürfen im Lichte der Delegitimierung des humanitären Systems nicht eigene Ansprüche verwässern, sondern sollten sie mit gutem Beispiel vorleben – kurzfristige Mittelkürzungen oder die Politisierung von Förderentscheidungen sind keine attraktive Grundlage, um neue Geber für ein bedarfsorientiertes humanitäres System zu gewinnen.